

Immer jünger, immer früher? – Soziale Medien, frühe Ideologisierung und neue Anforderungen an die zivilgesellschaftliche Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit

Autorinnen: Lisa Becker, Ida Götz (Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V.)

Abstract

Die Zunahme (extrem) rechter Einstellungs- und Verhaltensweisen unter jungen Menschen stellt zivilgesellschaftliche Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen vor komplexe Herausforderungen. Die Praxis der Beratungsangebote, die sich unter dem Dach der Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V. zusammengeschlossen haben, zeigt einen deutlichen Zuwachs dieser Zielgruppe in der Tertiärprävention. Immer häufiger wenden sich Schulen, Jugendämter oder Eltern mit Anliegen zu teils sehr jungen Adressat*innen an die Berater*innen. Im Spannungsfeld zwischen Einzelfallhilfe, struktureller Überlastung und unklaren Zuständigkeiten ergeben sich durch diese Entwicklungen pädagogische, institutionelle und methodische Herausforderung für das Feld der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit.

Das Policy Paper stellt die Notwendigkeit neuer altersgerechter, niedrighschwelliger Methoden, klarer Kooperationsstrukturen und spezifischer Qualifikationsbedarfe im Umgang mit (extrem) rechten Personen, Kinderschutz, psychologischer Entwicklung und digitaler Pädagogik dar und formuliert daraus konkrete Handlungsbedarfe und politische Empfehlungen, um Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit nachhaltig zu stärken und adäquat auf die Bedürfnisse junger Menschen reagieren zu können.

Hintergrund & Gesellschaftspolitischer Kontext

Gesellschaftliche Krisenerfahrungen wie der Klimawandel, ökonomische Unsicherheiten, oder globale Konflikte verstärken zunehmend auch bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Gefühle von Kontrollverlust, Ohnmacht und Zukunftsangst – emotionale Lagen, die anfällig machen für autoritäre und menschenfeindliche Deutungsangebote (Mezzalana et al. 2023). Laut Verfassungsschutzbericht 2024 ist das „rechtsextremistische Personenpotential“ in

Deutschland im vergangenen Jahr signifikant angestiegen. Zugleich hat sich die Zahl „rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten“ fast verdoppelt (BMI 2025: 67f.). Besonders besorgniserregend ist dabei die zunehmend schnelle Radikalisierung junger, teilweise minderjähriger, Menschen, die verstärkt in digitalen Räumen erfolgt und oftmals mit Gewaltbereitschaft verbunden ist (ebd.: 68; DLF 2025).

Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in aktuellen sozialwissenschaftlichen Studien wider: Die Trendstudie „Jugend in Deutschland“ zeigt, dass 14- bis 29-Jährige seit der COVID-19-Pandemie verstärkt unter psychischem Stress, Erschöpfung und einem Gefühl der Hilflosigkeit leiden (Schnetzer/ Hurrelmann/ Hampel 2024). Knapp die Hälfte der Befragten äußerte Sorgen über gesellschaftliche Spaltung und die Aufnahme von Geflüchteten, während rechtspopulistische Parteien unter jungen Menschen an Zustimmung gewinnen. Studienautor Klaus Hurrelmann spricht in diesem Zusammenhang von einer „klaren Verschiebung nach rechts“ in dieser Altersgruppe (ebd.) - eine Tendenz, die sich auch in der Beratungspraxis widerspiegelt.

Zunehmend berichten Fachkräfte der zivilgesellschaftlichen Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit von Fällen sehr junger Adressat*innen – teils bereits im Grundschulalter – die (extrem) rechte Einstellungsmuster oder ideologisch geprägte Verhaltensweisen zeigen.

Diese Zunahme signalisiert, dass sich der Fokus innerhalb der Zielgruppen der Tertiärprävention verändert hat. Aufsehererregend ist dabei insbesondere die wachsende Zahl an Anfragen von (Grund-)Schulen, die Unterstützung im Umgang mit auffälligen Schüler*innen oder ganzen Schulklassen suchen. Diese Entwicklung fordert nicht nur Eltern, politische Bildungsarbeit, Lehrer*innen und Jugendhilfe heraus, sondern stellt auch die zivilgesellschaftliche Distanzierungs- und Ausstiegsberatung vor neue institutionelle, pädagogische, rechtliche und fachliche Herausforderungen, die dringend strukturelle, konzeptionelle und ressourcenbezogene Antworten erfordern. Gleichzeitig stellen sich mit der Minderjährigkeit der Adressat*innen auch komplexe Fragen zum Zugang zu Beratungsnehmenden, ob und inwieweit diese tatsächlich radikalisiert sind, zur Rolle und Einbeziehung des sozialen Umfelds, zur fachlichen Zuständigkeit sowie der Wirkung des Angebots bei nicht intrinsisch motivierten Kindern und Jugendlichen.

Das folgende Policy Paper beleuchtet diese Herausforderungen und Handlungsbedarfe anhand aktueller Beobachtungen aus der Praxis, greift zentrale Fragestellungen aus Fachdebatten, Journalismus und wissenschaftlichen Impulsen auf und formuliert konkrete Empfehlungen für Politik, Fachpraxis und Förderstrukturen. Die Arbeit von dist[ex] – Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit bildet hierbei einen zentralen erster Schritt, um Fachkräfte der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit bei diesen Herausforderungen nachhaltig zu unterstützen. Um das Thema jedoch langfristig zu

verankern, sind weitere Schritte auf fachlicher, struktureller und politischer Ebene erforderlich.

Zugänge, Erwartungen und Zuständigkeiten: Zwischen Einzelfallhilfe und struktureller Überlastung

Die zivilgesellschaftlichen Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen in der Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V. (BAG Ausstieg) verzeichnen eine signifikante Zunahme der Anfragen, die sich auf Kinder und sehr junge Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren mit (extrem) rechten Einstellungsmustern oder ideologisch geprägtem Verhalten beziehen. Eine eindeutige Altersgrenze lässt sich dabei jedoch nicht ziehen, da sich einige Kinder bereits deutlich früher politisch interessieren oder über soziale Medien mit entsprechenden Inhalten in Kontakt kommen (Meusel 2025: 5). Bei der Beratungsstelle NinA NRW beispielsweise ist die Zahl der Beratungssuche aus dem Umfeld dieser Zielgruppe in den vergangenen eineinhalb bis zwei Jahren um rund ein Drittel gestiegen – oftmals initiiert durch Lehrkräfte, Jugendämter, Fachkräfte aus der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe oder besorgte Eltern (ebd.)

„Auffällig ist, dass die betroffenen Kinder extrem jung sind.“ (Meusel 2025: 5)

Insbesondere Schulen, zunehmend sogar Grundschulen, melden Vorfälle, die sie nicht allein pädagogisch einschätzen oder bewältigen können. Hakenkreuz-Schmierereien, rassistische, antisemitische oder queer-/transfeindliche Äußerungen im Unterricht sowie Schüler*innen, die in (extrem) rechten Chatgruppen mit nationalsozialismusverherrlichenden Inhalten aktiv sind, stellen längst keine Einzelfälle mehr dar (Agarwala 2025: 1). Der Zugang zur Beratung erfolgt in diesen Fällen meist reaktiv, häufig unter erheblichem Zeitdruck und mit dem impliziten Anliegen einer schnellen Problemlösung. Die Beratungsanfragen bewegen sich dabei in einem komplexen Spannungsfeld zwischen pädagogischem Anspruch, persönlicher Überforderung, Personalknappheit und institutionellen Anforderungen zur Problembewältigung.

Eine weitere zentrale Schnittstelle in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die (extrem) rechte Einstellungen und Verhaltensweisen zeigen, bildet die Kinder- und Jugendhilfe, die häufig in enger Kooperation mit Schulsozialarbeit, Polizei und Familiengericht agiert. Auch innerhalb dieses Netzwerkes divergieren die Erwartungen an die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung deutlich: Während einige Akteur*innen eine unmittelbare Intervention oder eine schnelle Verhaltensänderung erwarten, zielen andere auf eine langfristige Begleitung und systematische Aufklärung der zugrundeliegenden Problemlagen ab. Auch Eltern

oder Angehörige wenden sich teilweise verunsichert, beschämt oder überfordert an die Beratungsstellen. Häufig berichten sie von einer zunehmenden Entfremdung von ihrem sich radikalisierenden Kind. Konflikte nähmen zu, oft ändere sich abrupt der Freundeskreis und nicht selten verschlechtere sich die schulische Leistung deutlich (Meusel 2025: 5). In einigen Fällen erleben die Berater*innen jedoch auch eine ideologische Zustimmung innerhalb des familiären Umfelds, was eine reflektierte Auseinandersetzung mit dem Verhalten des Kindes/ Jugendlichen zusätzlich erschwert.

Diese Vielfalt an Zugängen und Erwartungshaltungen verlangt von den Beratungsstellen eine hohe Flexibilität: Sie müssen gleichzeitig als Einzelfallberater*innen, Systemversther*innen, Multiplikator*innen und Brückenbauer*innen zwischen den Institutionen agieren und dies häufig ohne klares institutionelles Mandat und jenseits ihrer ursprünglichen Aufgaben als Distanzierungs- und Ausstiegsberater*innen¹. Hinzu kommt die strukturelle Überlastung vieler Beratungsstellen: Neben ihrer primären Aufgabe der individuellen Beratung übernehmen sie zunehmend anlassbezogene Workshops oder Interventionen für ganze Schulklassen, also eine Aufgabe, die nicht nur Ressourcen bindet, sondern auch die Frage aufwirft, ob hier nicht Aufgaben anderer professioneller Felder übernommen werden, die nicht Teil „klassischer“ Tertiärprävention sind.

Die Nachfrage ist hoch, doch weder personelle, finanzielle oder strukturelle Ressourcen noch konzeptionelle Zuständigkeiten sind auf diesen erweiterten Bedarf abgestimmt. Folglich geraten Beratungsstellen an ihre Belastungsgrenzen, während gleichzeitig die Erwartungshaltungen seitens der anfragenden Institutionen weiter steigen. Zudem birgt diese Mehrfachrolle erhebliche Interessenskonflikte, da Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen kaum gleichzeitig die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen, ihren Angehörigen und Institutionen oder Fachkräften professionell begleiten können, ohne ihre Unabhängigkeit, Vertrauensbeziehungen oder fachliche Klarheit zu gefährden. Die Frage, wer in solchen Situationen angemessen, nachhaltig und altersgerecht begleiten kann, bleibt vielfach unbeantwortet, insbesondere dort, wo Strukturen der politischen Bildung, Demokratiepädagogik oder Jugendhilfe fehlen oder nicht ausreichend miteinander vernetzt sind.

Digitale Lebenswelten und ideologische Elemente

Das Internet ist in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen längst fest verankert: 9 von 10 Jugendlichen nutzen es täglich (JIM 2024: 24) und auch bei Kindern hat die Intensität der Nutzung des Internets (insbesondere in den

Altersgruppen von 8 bis 11 Jahren) deutlich zugenommen (KIM 2024: 34). Besonders relevant für Jugendliche sind dabei die Plattformen WhatsApp, Instagram, YouTube und TikTok (JIM 2024: 25).

Mittels zunehmend professionalisierten Online-Strategien werden diese Plattformen jedoch auch gezielt von (extrem) rechten Akteur*innen zur Verbreitung ihrer Ideologien, Rekrutierung und Vernetzung genutzt (Jukschat 2022: 198).

Die zentrale Rolle von (digitalen) Medien für (extrem) rechte Akteur*innen ist keine Neuheit, jedoch hat sich ihre Funktion mit dem Web 2.0 gewandelt: wurde das Internet in den vergangenen Jahrzehnten noch primär für interne Kommunikation verwendet, werden nun soziale Medien strategisch genutzt um (junge) Menschen anzusprechen, die noch nicht in (extrem) rechte Strukturen eingebunden sind (Salzborn 2020: 68f.). (Extrem) rechte Influencer*innen und Content-Creator*innen schöpfen dabei alle Interaktionsmöglichkeiten aus, die ihnen von Plattformen geboten werden, und inszenieren sich entlang von populären Trends, Hashtags und Memes (Berendsen/ Schnabel 2024: 29).

Auch wenn die Bedeutung des Internets für Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse in einem multikausalen Zusammenhang betrachtet werden muss, deutet empirisch vieles darauf hin, dass digitale Räume eine wichtige Rolle bei ebendiesen spielen können (Jukschat 2022: 205). So ist auch für zivilgesellschaftliche Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen die zunehmende Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch (extrem) rechte Inhalte, insbesondere über TikTok, spürbar. Die (häufig kurzgreifenden) Narrative wie beispielweise vom „großen Bevölkerungsaustausch“ werden zu zentralen Themen der Beratung.

Zusätzlich werden Berater*innen mit der Schnelllebigkeit von Internet-Trends und versteckten Symboliken (wie der Verwendung des Kiwi-Emojis zum Ausdruck von Transfeindlichkeit²) konfrontiert, die oft unterhalb der Aufmerksamkeitsgrenze von pädagogischen Fachpersonal oder Eltern liegen. Für Außenstehende zunächst scheinbar unauffällig oder bedeutungslos, transportieren sie jedoch (extrem) rechte Botschaften, die sceneintern als Signal der Zugehörigkeit und ideologischen Verortung verstanden werden.

Zudem zeigt sich, dass Jugendliche, die (extrem) rechte Inhalte etwa auf TikTok, Discord oder Twitch konsumieren, zunehmend schneller den Schritt in geschlossene (extrem) rechte WhatsApp-Gruppen oder auf entsprechende Demonstrationen vollziehen. Besonders deutlich zeigte sich dies bei den Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen, bei denen neue (extrem) rechte Jugendgruppen wie „Deutsche Jugend Voran“ oder „Elblandrevolte“ ihre Rekrutierungsbemühungen offenbar vor allem über Metas Plattformen und WhatsApp organisierten. (Mellea/ Düker 2024: 5). Auffällig dabei ist, dass bei diesen

Demonstrationen neben teils Minderjährigen und jungen Erwachsenen auch ältere und erfahrenere (extrem) rechte Akteur*innen aktiv waren (ebd.).

Methodische Herausforderungen und pädagogische Konzeptionen im Wandel

Wie eingangs beschrieben zeichnet beispielweise der Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2024 das Bild einer zunehmenden Radikalisierung junger Menschen. Die Frage, ob bereits von einem Rechtsruck unter jungen Menschen gesprochen werden kann, wird in der Sozialforschung jedoch kontrovers diskutiert (Decker et al. 2024: 54; Merkle/Steiner 2025: 63f.). Dennoch verzeichnen auch die Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen in der BAG Ausstieg bundesweit seit 2023/24 einen starken Anstieg der Beratungsanfragen von Angehörigen oder pädagogischen Fachkräften (insbesondere aus dem Schulkontext), die sich auf Kinder und Jugendliche beziehen.

Auffällig ist dabei eine Gleichzeitigkeit zweier Entwicklungen: während (extrem) rechte Einstellungs- und Verhaltensweisen unter Kindern und Jugendlichen zunehmen, zeigt sich zugleich eine wachsende Sensibilisierung von Eltern und Fachkräften für die Problematik.

Mit dieser Tendenz geht auch eine Verschiebung des bisherigen konzeptionellen und methodischen Fokus der Beratungsarbeit einher. Bislang stellten Biografie- und Ideologearbeit³ den zentralen Teil einer Distanzierungs- und Ausstiegsberatung dar, während in der Begleitung der zunehmend jünger werdenden Adressat*innen vermehrt Erziehungsfragen und die Notwendigkeit politischer Bildungsarbeit im Vordergrund stehen. Zudem bedarf die Begleitung jüngerer Adressat*innen eine stärkere Einbeziehung von Bezugspersonen wie Eltern oder Lehrkräfte, da kindliche Moral- und Wertevorstellungen außengeleitet, subjektiv und egozentristisch sind und sich stark an Eltern und erwachsenen Bezugspersonen orientieren, während sich die Moral- und Wertevorstellungen von Heranwachsende zunehmend an universellen ethischen Normen orientieren (Roos 2018: 194).

Zusätzlich ergibt sich aus der Zunahme von Fällen insbesondere aus dem schulischen Kontext eine weitere pädagogische Herausforderung: die meist fehlende Freiwilligkeit der Kinder und Jugendlichen. Nicht selten erfolgen die Beratungen unter einem gewissen Druck, da diese oft nach dem Prinzip "Beratung oder Suspendierung" erfolgen, was den Aufbau eines tragfähigen Beratungsprozesses erschwert. Zudem ist der zeitliche Rahmen für von Schulen initiierte Beratungen oft begrenzt. Vor dem Hintergrund der fehlenden intrinsischen Motivation vieler Kinder und Jugendlicher verschieben sich folglich auch die

Zielsetzungen dieser Beratungen: Im Mittelpunkt steht meist zunächst die Aufarbeitung des Vorfalls. Sofern erforderlich, wird daran anknüpfend versucht, erste Irritationsmomente zu setzen, einen Reflexionsprozess anzustoßen und die Adressat*innen zu einer freiwilligen Fortsetzung der Beratung zu motivieren. Um Zugänge zu nicht intrinsisch motivierten Kindern und Jugendlichen zu schaffen, bedarf es hier neuer niedrigschwelliger und dialogorientierter Methoden, die auf Werte- und Haltungsebene ansetzen und einen Perspektivwechsel anregen.

Sehr junge Zielgruppen als neue Herausforderungen in der zivilgesellschaftlichen Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit

Unklare Zuständigkeiten, Kooperationshürden und Handlungsunsicherheit:

Beratungsstellen agieren bislang in einem Zwischenraum ohne eindeutige strukturelle Zuständigkeit und werden von Schulen oder Jugendhilfe häufig als „Universallösung“ in Anspruch genommen – auch bei Fällen, die im Rahmen von Schulsozialarbeit oder Vertrauenslehrkräften bearbeitet werden könnten. Während pädagogische Fachkräfte oftmals über begrenzte Handlungssicherheit im Umgang mit (extrem) rechten Einstellungen und Verhaltensweisen verfügen, zeigt sich gleichzeitig eine zunehmend frühzeitige Inanspruchnahme von Unterstützung. Erforderlich sind daher klare Kriterien zur Fallzuweisung, realistische Erwartungsmanagement-Prozesse sowie Begleitung bei rechtlichen Unsicherheiten. Zudem müssen Fachkräfte darin gestärkt werden, unterschiedliche Grade der Ideologisierung, Gefährdungslagen und Bedarfe sensibel einzuschätzen, ohne diese zu bagatellisieren oder zu überhöhen. Eine systematische und nachhaltige Verstetigung der Kooperation zwischen Schule, Jugendhilfe und spezialisierten Beratungsstellen ist hierfür entscheidend.

Qualifikationsbedarf von Fachkräften:

Die Arbeit mit sehr jungen Zielgruppen erfordert spezifische Kompetenzen im Bereich Kinderschutz, psychologischer Entwicklung, digitaler Dynamiken und pädagogischer Intervention. Die fachliche Ausbildung vieler pädagogischer Fachkräfte deckt diese Bandbreite bislang nicht ab. Langfristig notwendig sind daher gesicherte Finanzierungen und ein gezielter Ausbau fachlicher Ressourcen, unter anderem durch den Austausch mit Kinderpsycholog*innen, Sozialpädagog*innen sowie durch spezifische Fortbildungsangebote.

Komplexe Fallkonstellationen:

Die Zahl Kinder und Jugendlicher mit multiplen Problemlagen (von kognitiven Einschränkungen über Suchterkrankungen bis hin zu stationären

Jugendhilfekontexten) wächst (Rauschenbach et al. 2024). Dies erfordert differenzierte Ansätze, die kurzfristige Schutzbedarfe mit einer langfristigen pädagogischen Begleitung verknüpfen und die Einbindung zusätzlicher personeller sowie fachlicher Ressourcen sicherstellen. Ohne professionellen Umgang besteht die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche entweder von (extrem) rechten Szenen vereinnahmt oder durch vorschnelle Stigmatisierung ausgegrenzt werden.

Methodenlücke:

Für Kinder und sehr junge Jugendliche fehlen bislang alters- und entwicklungsadäquate Konzepte in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit. Vorhandene Beratungs- und Qualifizierungsansätze müssen altersgerecht angepasst und um niedrigschwellige Formate im Spannungsfeld von Prävention, Frühintervention und Distanzierung erweitert werden.

Kapazitäts- und Ressourcendefizite:

Aufgrund steigender Anfragen stellt sich zunehmend die Frage nach Priorisierung. Neben Beratungs- und Bildungsarbeit fehlt es folglich an Ressourcen für nachhaltige Netzwerkarbeit, inhaltlichen Fachaustausch und Infrastrukturbildung.

Dringender Handlungsbedarf: Konkrete Empfehlungen und Forderungen

An Politik und Zuwendungsgebende:

- Langfristige Förderung von Beratungsangeboten für junge Zielgruppen: Bundes- und Landesprogramme müssen gezielt Mittel bereitstellen, um diese fachgerecht zu erreichen. Eine mehrjährige Finanzierung und die Etablierung als dauerhafte Regelstruktur sind erforderlich, um Planungssicherheit zu gewährleisten.
- Strukturelle Schnittstellen schaffen: Kooperationen zwischen Regelsystemen und zivilgesellschaftlicher Distanzierungs- und Ausstiegsberatung müssen systematisch verankert werden, um Frühprävention und Distanzierungsarbeit konsequent zusammenzudenken.
- Stärkung digitaler Präventions- und Distanzierungsarbeit: Digitale Räume müssen stärker adressiert werden, indem gezielt Programme für Plattformen wie TikTok, Instagram, YouTube und Co. entwickelt und gefördert werden.

An Fachpraxis und Zivilgesellschaft:

- Fachliche Qualifizierung und Sensibilisierung pädagogischer Fachkräfte für (extrem) rechte Einstellungen und geschlechtsspezifische Diskriminierung: Die Fachpraxis muss strukturelle Rahmenbedingungen schaffen, um sehr junge Zielgruppen altersgerecht und wirksam zu erreichen. Pädagogische Fach- und Lehrkräfte sollen gezielt darin geschult werden, Kinder und Jugendliche mit (extrem) rechten, antifeministischen sowie trans- und queerfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen zu erkennen und angemessen zu begleiten. Schulungen zum grundlegenden Umgang mit (extrem) rechten Personen, altersgerechter Kommunikation, gendersensibler Begleitung und digitaler Ideologievermittlung sind fest in Aus- und Weiterbildungen zu verankern und in der Praxis umzusetzen.
- Strukturierte Unterstützung für Fachkräfte: Für eine wirksame Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit mit jungen Zielgruppen müssen altersgerechte Materialien und Methoden entwickelt sowie Fortbildungen zu Methodik und ethischen Standards etabliert werden. Ergänzend sollten sichere Räume für multiprofessionellen Austausch und Fallreflexion geschaffen und kontinuierliche Supervisionsangebote bereitgestellt werden, um Fachkräfte in der Bearbeitung komplexer und herausfordernder Fallkonstellationen zu stärken.

An Medienschaffende, Plattformbetreibende und Öffentlichkeit:

- Wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit und Stärkung von Betroffenenperspektiven: Öffentlichkeitsarbeit muss wirkungsvoll gestaltet werden, indem der Fokus vom Täter*innenzentrismus⁴ weggeführt und stattdessen Demokratiebildung, Schutzräume sowie die systemischen Ursachen (extrem) rechter Ideologisierung sichtbar gemacht werden. Gleichzeitig muss die öffentliche Wahrnehmung der Relevanz von Beratungs- und Präventionsangeboten aktiv gestärkt werden. Zudem sind die Perspektiven Betroffener von Rassismus und Diskriminierung systematisch zu stärken und unter Wahrung der Anonymität in der öffentlichen Darstellung zu berücksichtigen. Dies trägt auch dazu bei, die öffentliche Wahrnehmung der Relevanz von Beratungs- und Präventionsangeboten zu fördern.
- Digitale Räume aktiv gestalten: Betreiber*innen digitaler Plattformen müssen Inhalte gezielt betreuen, fachlich begleiten und moderieren, um der Verbreitung (extrem) rechter Inhalte entgegenzutreten, junge Menschen frühzeitig zu erreichen, Präventionsangebote sichtbar zu machen und sichere, reflektierte Räume für Austausch und Beratung zu schaffen.

Fazit

Die wachsenden (extrem) rechten Einstellungs- und Verhaltensweisen unter Kindern und Jugendlichen markieren eine Verschiebung des Fokus im Feld der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit. Befördert durch digitale Lebenswelten, gesellschaftliche Krisenerfahrungen und Verunsicherungen der Adressat*innen stehen nicht nur Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen, sondern auch Lehrkräfte, Jugendhilfe und Eltern vor Herausforderungen. Die Befunde verdeutlichen, dass bisherige Ansätze der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit an ihre Grenzen stoßen, wenn teils sehr junge Zielgruppen erreicht werden sollen, deren Ideologisierung noch nicht zwangsweise gefestigt, aber hochgradig dynamisch ist.

Es ist dringend notwendig, dass jetzt eine strukturelle und langfristige Förderung für Distanzierungs- und Ausstiegs- sowie Bildungsprojekte und Qualifikationsangebote für Fachkräfte der Sozialen Arbeit und aus dem Schulkontext bereitgestellt werden. Darüber hinaus gilt es, digitale Räume weiterhin verstärkt in den Fokus politischer und pädagogischer Maßnahmen zu rücken. Einerseits bedarf es einer stärkeren Regulierung von Plattformen, um ihre Verantwortung bei der Verbreitung (extrem) rechter und strafrechtlich relevanter Inhalte konsequent einzufordern. Andererseits sollten pädagogische Fachkräfte gezielt für die Dynamiken und Gefahren digitaler Räume sensibilisiert werden.

Nur wenn Politik, Zivilgesellschaft, Fachpraxis und Plattformbetreibende gemeinsam Verantwortung übernehmen und die genannten Maßnahmen entschlossen umsetzen, kann eine wirksame Prävention gewährleistet und jungen Menschen ein selbstbestimmter Weg fernab (extrem) rechter Ideologien und anderer Radikalisierungsformen eröffnet werden.

Literatur

Agarwala, Anant (2025): „Sieg Heil“ in der Frühstückspause, in: ZEIT Nr. 17/2025, online: <https://www.zeit.de/2025/17/rechtsextremismus-schule-straftaten-schueler-hitlergruss-white-power> (Zugriff 22.10.2025).

Berendsen, Eva/ Schnabel, Deborah (2024): Das TikTok-Universum der (extremen) Rechten Trends, Strategien und Ästhetik in der Social-Media-Kommunikation, online: <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/publikationen/das-tiktok-universum-der-extremen-rechten> (Zugriff 13.08.2025).

Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V. (BAG Ausstieg) (2025): Zum Umgang mit Aussteiger*innen in den Medien, online: https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2025/05/Standpunkt_Aussteiger-in-den-Medien.pdf (Zugriff 22.10.2025).

Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V. (BAG Ausstieg) (2023): Ausstiegs- und distanzierungsorientierte Gesprächsführung. Zum Umgang mit extrem rechten Einstellungen, online: https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2024/06/Bro_QS_05-12-2023-Ent5.pdf (Zugriff 03.09.2025).

Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V. (BAG Ausstieg) (2019): Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit, online: https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2025/03/Qualitaetsstandards_Ausstiegsarbeit_Rechtsextremismus_BAG_Ausstieg_und_Einstieg.pdf (Zugriff 22.10.2025).

Bundesministerium des Inneren (BMI) (2025): Verfassungsschutzbericht 2024, online: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Zugriff 22.10.2025).

Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Aylene/ Brähler, Elmar (2024): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Aylene/ Brähler, Elmar (Hrsg): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen, Gießen, S. 29-101.

Deutschlandfunk (DLF) (2025): Verfassungsschutzbericht. Mehr politische Straftaten – rechtsextreme Szene deutlich gewachsen, online: <https://www.deutschlandfunk.de/mehr-politische-straftaten-rechtsextreme-szene-deutlich-gewachsen-100.html> (Zugriff 22.10.2025).

Gesicht zeigen! (2025): Diese Codes nutzen Rechtsextreme im Internet, online: <https://www.gesichtzeigen.de/emojis-2/> (Zugriff 08.09.2025).

JIM-Studie (2024): Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger, online: <https://mpfs.de/studien/jim-studie/> (Zugriff 13.08.2025).

Jukschat, Nadine (2022): Digitale Medien als Medien der (neuen) Rechten? Zur Rolle und Nutzung (digitaler) Medien in rechtsextremen Bewegungen und ihrer Bedeutung für kollektive und individuelle Radikalisierungsprozesse, in: Milbrandt, Björn/ Frank, Anja/ Greuel, Frank/ Herding, Maruta (Hrsg.): Handbuch Radikalisierung im Jugendalter. Phänomene, Herausforderungen, Prävention, Opladen, Berlin & Toronto, S. 197-215.

KIM-Studie (2024): Kindheit, Internet, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger, online: <https://mpfs.de/studien/kim/> (Zugriff 13.08.2025).

Mellea, Jessa/ Düker, Joe (2024): Eine neue Generation von Neonazis: Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet, online: <https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/> (Zugriff: 14.08.2025).

Merkle, Hannah/ Steiner, Felix M. (2025): Jugendlicher Rechtsruck?, in: ezra/ MOBIT/ KomRex/ IDZ (Hrsg.): Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen, S. 60-66, online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Thueringer_Zustaende/ThueringerZustaende2024-web.pdf (Zugriff 03.09.2025).

Meusel, Lisa (2025): Braune Kinderzimmer. Soziale Medien impfen Kinder mit radikalen Gedankengut. Wann Sie handeln sollten. Interview von David Holzapfel und Frederik Mittendorf, online: <https://www.stern.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-im-internet--wann-eltern-handeln-sollten-35533634.html> (Zugriff 22.10.2025).

Mezzalana, Selene/ Winter, Taylor/ Riordan, Benjamin/ Scarf, Damian/ Jose, Paul/ Maldonado, Nelson Mauro/ Scandurra, Christiano/ Bochicchio, Vincenzo (2023): The Buffering Effects of Right-Wing Authoritarianism on Future Anxiety: the Mediating Role of COVID-19-Related Demoralization and Perceived Risk, online: <https://link.springer.com/article/10.1007/s43076-023-00346-z> (Zugriff 22.10.2025).

Rauschenbach, Thomas/ Mühlmann, Thomas/ Meiner-Teubner, Christiane et al. (2024): Kinder- und Jugendhilfereport 2024, Opladen, Berlin, Toronto, online:

<https://shop.budrich.de/wp-content/uploads/2023/11/9783847419785.pdf> (Zugriff 22.10.2025).

Roos, Janette (2018): Entwicklung von Wertevorstellungen und Moralverständnis bei Kindern, in: Strohmer, Janina: Psychologische Grundlagen für Fachkräfte in Kindergarten, Krippe und Hort, Bern, S. 193-201.

Salzborn, Samuel (2020): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, 4. aktualisierte und erweiterte Auflage, Bonn.

Schnetzer, Simon/ Hampel, Kilian/ Hurrelmann, Klaus (2024): Study shows young people in Germany are worried about their future, online: <https://www.simon-schnetzer.com/blog/jugend-in-deutschland-2024-veroeffentlichung-der-trendstudie> (Zugriff 22.10.2025).

Impressum

Herausgegeben von:

dist[ex] - Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V.

Carl-Zeiss-Platz 3

07743 Jena

info@bag-ausstieg.de

Autorinnen:

Lisa Becker, Ida Götz

dist[ex] - Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit ist ein im Jahr 2025 gegründeter Kooperationsverbund, der sich der bundesweiten Vernetzung und Stärkung der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit widmet. In dist[ex] arbeiten die BAG Ausstieg zum Einstieg e. V., Grüner Vogel e. V., Interdisziplinäres Zentrum für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung e. V. (IZRD), Legato/Vereinigung Pestalozzi gGmbH und Violence Prevention Network gGmbH eng zusammen an dem Ziel, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Trägern, Projekten und Fachkräften der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit aus ganz Deutschland ein Netzwerk aufzubauen, das die fachliche Weiterentwicklung und den Austausch im Arbeitsfeld fördert, die Zusammenarbeit mit relevanten Schnittstellen der Regelstrukturen ausbaut und als zivilgesellschaftliche Interessenvertretung fungiert. Die Koordination des Kooperationsverbunds hat Violence Prevention Network gGmbH inne.

dist[ex]

Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur
für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit



Bundesarbeitsgemeinschaft
Ausstieg zum Einstieg

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.